



SINDICATO NACIONAL DE TRABAJADORES DEL
SERVICIO POSTAL MEXICANO
“CORREOS DE MÉXICO”



COMITÉ EJECUTIVO NACIONAL

**ZWEI-WÖCHENTLICHER INFORMATIONSBULLETIN –
WICHTIGE EREIGNISSE IM WELTWEITEN POSTSEKTOR**

Nr. 6

14. Zweiwochenzeitraum 2026 (16. Juli – 31. Juli 2026)

USA

- Die Gewerkschaft American Postal Workers Union (APWU) mobilisierte Zehntausende von Beschäftigten in Städten wie New York, Washington D.C., Denver, Fort Worth und Salt Lake City. Notfallfonds gegen die Insolvenz: Der Leiter des USPS hatte zuvor gewarnt, dass der Behörde vor Februar 2027 die finanziellen Mittel ausgehen würden, sollte der Kongress die Schuldenobergrenze nicht anheben. Die Gewerkschaft fordert dringende Reformen, um einen Ausfall bei der Lohnzahlung zu verhindern.
- Parallel dazu verschärften sich die Spannungen innerhalb der National Association of Letter Carriers (NALC), der Gewerkschaft, die 200.000 US-Postzusteller vertritt. Übergang zum Schiedsverfahren mangels Einigung: Nach Ablauf der 60-tägigen Vermittlungsfrist im Juli steuern die Tarifverhandlungen aufgrund festgefahrener Lohnforderungen nun auf ein obligatorisches Schiedsverfahren zu.

KANADA

- Am 24. Juli 2026 äußerte sich die Postgewerkschaft kritisch zu Berichten, wonach die kanadische Bundesregierung drastische Strukturveränderungen beim Postdienst vorantreiben will, ohne die Öffentlichkeit in die Debatte einzubeziehen. Die CUPW kritisierte das Fehlen öffentlicher Anhörungen und forderte ein Mitspracherecht der Allgemeinheit bei jeglichen Plänen zur Umstrukturierung oder Einschränkung wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen.
- Am 29. Juli 2026 erzielten Canada Post und die Association of Postal Officials of Canada (APOC) – die Gewerkschaft, die Aufsichtskräfte und Führungspersonal der Post vertritt – einen wichtigen Meilenstein: Beide Seiten einigten sich auf die Bedingungen einer vorläufigen Vereinbarung. Diese soll, vorbehaltlich der Ratifizierung durch die Mitglieder, bis zum 31. März 2030 gelten. Mit diesem Abkommen endet ein monatelanger Streit und eine komplexe Verhandlungsphase, die bereits im März begonnen hatte; zugleich wird dem Unternehmen langfristige operative Stabilität zurückgegeben.

COSTA RICA

- Neubesetzung des Verwaltungsrats: Im Zeitraum vom 17. bis 23. Juli 2026 wurde das formelle Verfahren zur Einreichung von Bewerbungen für den Verwaltungsrat von *Correos de Costa Rica S.A.* eröffnet. Die Gewerkschaften verfolgen diesen öffentlichen Prozess aufmerksam, da die Ernennung der neuen Verwaltungsratsmitglieder maßgeblich die künftige Strategie bei Tarifverhandlungen sowie die Lohnpolitik des öffentlichen Unternehmens bestimmen wird.
- Anpassungen bei Einwanderungs- und Konsularverfahren: Angesichts der Häufung ausgelagerter Dienstleistungen in den Postfilialen (wie etwa der Aushändigung von Reisepässen und DIMEX-Ausweisen sowie der Bearbeitung von Einwanderungsunterlagen) fordern die Arbeitnehmervertretungen eine personelle Verstärkung. Ziel ist es, einen

operativen Zusammenbruch sowie eine Überlastung des Personals an den Schaltern im Hinblick auf die zweite Jahreshälfte zu verhindern.

URUGUAY

- Nettoverlust an Arbeitsplätzen: Die Gewerkschaft kritisierte, dass die Behörde derzeit weniger als 1.500 Beschäftigte zählt, verglichen mit den mehr als 2.000 Mitarbeitern, die vor einigen Jahren bei der Post tätig waren. Sie geben an, dass jährlich zwischen 90 und 100 Stellen wegfallen, vor allem aufgrund von Pensionierungen, die vom Staat nicht nachbesetzt werden.
- Widerstand gegen Haushaltskürzungen: Die Postbeschäftigten schlossen sich aktiv den Vorgaben der Koordinierungsgruppe der Gewerkschaften öffentlicher Unternehmen (MSCE) und des Dachverbands PIT-CNT an. Sie beteiligten sich an den Protesten im Juli gegen die Obergrenzen für Personalausgaben und die Haushaltskürzungen, welche die logistische und soziale Rolle der öffentlichen Unternehmen unmittelbar beeinträchtigen.

SPANIEN

- Mängel und „verdeckte Privatisierung“: Die Gewerkschaft kritisierte, dass die Unternehmensleitung – trotz Millionengewinnen aus Immobilienverkäufen – Landzusteller dazu zwingt, private Versicherungen zu verkaufen. Diese Aufgabe liegt außerhalb ihrer eigentlichen Posttätigkeit und führt zu einer Überlastung des Personals.
- Proteste auf der Straße: Am 29. Juli 2026 führte die Gewerkschaft CGT eine Demonstration vor der Zentrale der spanischen Post (Correos) in Madrid an. Die Protestaktion fällt in eine für die Belegschaft besonders kritische Phase des Jahres – die zweite Julihälfte –, in der sich Tausende von Beschäftigten im Urlaub befinden, während die Arbeitslast weiterhin auf einer zunehmend ausgedünnten Personaldecke lastet.

PORTUGAL

- Im Juli 2026 trat offiziell die zweite Phase der zwischen der CTT-Geschäftsführung und der Nationalen Gewerkschaft der Post- und Telekommunikationsbeschäftigten (SNTCT) getroffenen Vereinbarung in Kraft. Struktur der Gehaltserhöhung: Nach einer anfänglichen Erhöhung des Grundgehalts um 2.000 € (39.900 M/N) im Zeitraum von Januar bis Juni kamen ab Juli weitere 1.000 € (19.950 M/N) hinzu, die direkt in die Gehaltstabellen des Unternehmens einfließen.
- Die Demokratische Gewerkschaft der Beschäftigten in Post, Telekommunikation, Medien und Dienstleistungen (SINDETELCO) meldete einen bedeutenden Meilenstein in der internen Organisation sowie eine Rekordbeteiligung: Am 17. Juli 2026 fanden in den Logistikzentren von STEF Portugal Wahlen für Gewerkschaftsdelegierte statt, bei denen die höchste Wahlbeteiligung in der Geschichte dieser Abstimmungen verzeichnet wurde. Die



SINDICATO NACIONAL DE TRABAJADORES DEL SERVICIO POSTAL MEXICANO “CORREOS DE MÉXICO”



COMITÉ EJECUTIVO NACIONAL

Vertretungsstrukturen wurden in der letzten Juliwoche formell bestätigt.

MAROKKO

- Demonstrationen der CDT (Confederación Democrática del Trabajo): Beschäftigte des Postsektors beteiligten sich aktiv an den im Juli von der CDT koordinierten Protesten in verschiedenen Regionen des Landes. Die Protestaktionen richteten sich gegen den allgemeinen Anstieg der Lebenshaltungskosten, die Weigerung, die Rentenregelungen in staatlichen Unternehmen anzupassen, sowie gegen Einschränkungen der Freiheitsrechte von Streikenden.
- Das Arbeitsklima bei Poste Maroc und der Finanztochter Al Barid Bank verschlechterte sich in der zweiten Julihälfte weiter, unter anderem aufgrund fehlender Verhandlungsbereitschaft nach Treu und Glauben: Die Postgewerkschaft FNPL-UMT, die international von der UNI Global Union unterstützt wird, kritisierte, dass sich die Unternehmensführung des Staatsbetriebs weigert, wirksame Verhandlungen über Löhne aufzunehmen.

HONGKONG

- Millionenschwere Finanzspritze unter der Lupe: Der Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung des Legislativrats befasste sich mit einer Kapitalzufuhr in Höhe von 4,6 Milliarden Hongkong-Dollar (rund 587 Millionen US-Dollar). „...die vorgeschlagene Finanzspritze von 4,6 Milliarden Hongkong-Dollar ... für die Hongkonger Post sollte ‚Zeit für die Reform gewinnen‘“, erklärte Bernard Chan Pak-li, der amtierende Handelsminister. Gewerkschaften befürchten, dass der Plan lediglich dazu dienen soll, die Finanzlage zu beschönigen, bevor drastische Kürzungen vorgenommen werden.
- Widerstand gegen drastische Maßnahmen: Die Behörden zeigten sich „offen“ für verschiedene Optionen, darunter die vollständige Privatisierung oder die Umwandlung der Behörde in eine herkömmliche Dienststelle mit strengen Sparmaßnahmen; Arbeitnehmervertretungen lehnen diese Schritte aufgrund der drohenden Gefahr von Massenentlassungen ab. Im vergangenen Geschäftsjahr verzeichnete die Behörde einen Rekordverlust von 821 Millionen Hongkong-Dollar, verursacht durch einen Rückgang des traditionellen Postaufkommens um 7 Prozent.

JAPAN

- Auswirkungen der US-Zollvorschriften: Die Postgewerkschaft überwachte die Stabilisierung der Arbeitsplätze in den internationalen Versandzentren nach der Wiederaufnahme des Warenversands in die USA. Diese Wiederaufnahme zwang die Beschäftigten zur Nutzung digitaler Plattformen für die Zollzahlung vor der Abfertigung, was zu einer Umstrukturierung der administrativen Arbeitsabläufe in den Hauptniederlassungen von Japan Post führte.
- Überwachung des Mindeststundenlohns: Zum Abschluss des Abrechnungszeitraums am 28. Juli 2026 empfahl ein Gremium des Arbeitsministeriums eine Anhebung des durchschnittlichen Mindestlohns um 5 % (55

Yen). Die Postgewerkschaft beobachtet diese Maßnahme genau, um sicherzustellen, dass auch die große Zahl von Teilzeitkräften in ländlichen Postfilialen im kommenden Geschäftsjahr die entsprechende Anpassung erhält.

AUSTRALIEN

- “Kampf um unser Überleben”: Graham warnte, dass die kommenden vier Jahre entscheidend seien und das Postgeschäft radikal umstrukturiert werden müsse, da es sonst „zugrunde gehen“ werde. Das Unternehmen begründete diese aggressive Haltung mit dem harten Wettbewerb durch Amazon und Plattformen der sogenannten „Gig-Economy“, die an sieben Tagen in der Woche Pakete zustellen.
- Genehmigung zur Erhöhung der Briefportokosten: Am 28. Juli 2026 erteilte die australische Wettbewerbs- und Verbraucherschutzbehörde (ACCC) der Australia Post grünes Licht für eine Preiserhöhung bei Standardbriefen. Die Behörde argumentierte, dass das Briefaufkommen auf ein Niveau gesunken sei, wie es seit Ende der 1930er Jahre nicht mehr verzeichnet wurde; dies gefährde die Einnahmenstabilität und setze die für Gehälter vorgesehenen Budgets unter Druck.

QUELLEN:

People's World, Canadian Union of Postal Workers, Correos de Costa Rica, Diario de Sevilla, Union Global UNI, The Star, SNTCT, The Business Times, World Socialist Web Site

WECHSELKURS:

1 EURO = 19.95 M/N
1 YEN = .11 M/N



ERSTELLT VON: ANGEL BARRIOS CUEVAS
ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG
SINDICATO NACIONAL DE TRABAJADORES DEL
SERVICIO POSTAL MEXICANO
“CORREOS DE MÉXICO”